

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Patrick Friedl

Abg. Alexander Flierl

Abg. Ralf Stadler

Abg. Gerd Mannes

Abg. Marina Jakob

Abg. Harry Scheuenstuhl

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sturzflutvorsorge beschleunigen (Drs. 19/2674)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Kollege Patrick Friedl.

Patrick Friedl (GRÜNE): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Klimakrise und ihre Auswirkungen sind längst in Bayern angekommen. Extremwetterlagen häufen sich. Unsere Gedanken, guten Wünsche und unser Mitgefühl sind heute bei den Menschen in Spanien, in den Regionen Valencia und Katalonien. Mögen viele der noch Vermissten lebend gefunden werden.

Starkregen werden leider immer heftiger, so in Bayern zuletzt im September und noch stärker Ende Mai, Anfang Juni dieses Jahres. Das gefährdet Menschenleben und führt zu massiven Sachschäden, die auch unsere Wirtschaft gefährden können. Klimaschutz und Starkregenvorsorge schützen sowohl Leib und Leben als auch unseren Wohlstand.

Bei solchen örtlichen und regionalen Hochwasserereignissen infolge von intensivem Starkregen spricht man von Sturzfluten. Diese können – das haben wir jetzt leider wieder sehen müssen – eine besonders extreme Wucht haben. Sogar große Bauwerke können beschädigt und große Gegenstände von Wassermassen mitgerissen werden. Sturzfluten kann es fast überall geben. Sie sind nicht an Bäche oder Flüsse gebunden. Es reichen Straßen, Gräben, Mulden, alles, wo Wasser zusammenlaufen und nicht schnell genug abfließen kann.

Ein wesentlicher Teil des Geldes, das der Freistaat für Hochwasserschutz ausgibt, wird in Großprojekte wie Flutpolder investiert. In Bayern gibt es aber sehr viele Kom-

munen, viele Städte und Gemeinden, die an kleinen Flüssen und Bächen liegen. Mindestens genauso wichtig wie technische Maßnahmen ist deshalb der natürliche Hochwasserschutz in der Fläche.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Doch dieser wird bislang von der Staatsregierung sträflich vernachlässigt. An diesen kleinen Flüssen und Bächen gibt es entsprechend oft kaum bis keine Hochwasserschutzmaßnahmen. Wenn sie also infolge von Starkregen über die Ufer treten, können die anliegenden Kommunen überschwemmt werden. Das hat sich in den vergangenen Monaten und Jahren schmerzhaft und deutlich gezeigt.

Für kleinere Gewässer, also für Gewässer dritter Ordnung, sind die Kommunen selbst zuständig. Das heißt, sie müssen für den Unterhalt dieser Gewässer und auch für den Schutz vor Hochwasser sorgen. Dafür fehlt jedoch vielerorts schlichtweg das nötige Geld. Die bisherige Unterstützung der Staatsregierung reicht bei Weitem nicht aus. Für Hochwasserschutz an Gewässern dritter Ordnung werden im Schnitt pro Jahr nur etwa 14 Millionen Euro aus der Staatskasse verwendet. Das entspricht gerade mal 7 % der Ausgaben für Hochwasserschutz. Das ist viel zu wenig.

Wir fordern deshalb, dass für alle gefährdeten Kommunen detailgenaue Starkregengefahrenkarten und Sturzflut-Risikomanagementpläne erstellt werden. Dies sollte schnellstmöglich geschehen. Wir wollen, dass bis spätestens 2030 alle gefährdeten Kommunen einen solchen Plan haben und unverzüglich in die Umsetzung gehen können. Hierfür ist wichtig, dass die Erstellung solcher Managementpläne nach den RZWas, also den Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben, vom Freistaat weiter gefördert wird. Diese Richtlinien laufen nach aktuellem Stand noch 2024 aus. Es ist dringend nötig, dass die angekündigte Verlängerung über diesen Zeitraum hinaus endlich umgesetzt wird. Die Kommunen warten darauf; denn bislang haben nur knapp 7 % der bayerischen Gemeinden eine entsprechende Förderung beantragt.

Damit sind wir bei einem weiteren Problem: Das Förderprogramm ist noch viel zu unbekannt. Wir brauchen eine bessere Werbung dafür. Denn nur wer weiß, wo Schäden auftreten können, kann sich gut darauf vorbereiten und sich wirksam schützen. Die nötigen Maßnahmen, die sich aus den Sturzflut-Managementprogrammen ergeben, müssen dann auch umgesetzt werden. Mit der Finanzierung dieser Maßnahmen werden die Kommunen bisher fast völlig alleingelassen. Der Freistaat muss Anpassungsmaßnahmen zum Schutz vor Hochwasser angemessen fördern, anstatt die Kommunen buchstäblich im Regen stehen zu lassen.

Einen noch schnelleren Zugriff hat der Freistaat auf seine eigenen Gebäude. Die Gefährdungslage von staatlichen Einrichtungen wie Behörden, Universitäten, Schulen und vielen mehr sollte so schnell wie möglich analysiert werden. Wo nötig, sind auch hier eigene Vorsorgekonzepte zu entwickeln. Besonders ernst ist die Situation bei kritischer Infrastruktur, die gerade im Fall von Hochwasser gebraucht wird: Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste. Einen solchen Fall hatten wir bei uns in der Region. Da ist eine Feuerwehr tatsächlich im Starkregen abgesoffen und konnte nicht ausrücken. Wenn Sturzfluten also dafür sorgen, dass diese unglaublich wichtigen Einsatzkräfte nicht mehr ausrücken können, kann das im schlimmsten Fall Menschenleben kosten.

Wir fordern deshalb eine umgehende Sonderuntersuchung Sturzflut-Risikomanagement für Katastrophenhilfsdienste sowie für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. Wir müssen unsere Kommunen und insbesondere unsere Rettungsdienste hochwasser- und sturzflutsicher machen. Wir müssen Hab und Gut, Handwerk und Industrie und vor allem Leib und Leben der Bürgerinnen und Bürger in Bayern schützen. Deshalb bitten wir um Ihre Unterstützung für den Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner für die CSU-Fraktion: Herr Kollege Alexander Flierl.

Alexander Flierl (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist in der Tat zutreffend, dass es eine Häufung von Extremwetterlagen aufgrund des Klimawandels gibt mit Hochwassern, heftigen Niederschlägen und Sturzfluten. Wir haben es gehäuft mit extremen Hochwassern zu tun, die in der freien Fläche durch wild abfließendes Wasser zu Überflutungen führen. Ja, man muss in der Tat festhalten, dass gerade das Hochwasser und die Ereignisse um Fronleichnam gezeigt haben, dass unsere Konzepte und Maßnahmen der vergangenen Jahre auch bei diesen extremen Wetterereignissen greifen, dass sie sich bewährt haben und dass noch Schlimmeres – es sind Milliarden Schäden entstanden, wir hatten Menschenleben zu beklagen – verhindert werden konnte.

Wir sind also in diesem Bereich nicht untätig, ganz im Gegenteil. Seit 2013 wurden mehr als 2 Milliarden Euro in Hochwasserschutzmaßnahmen investiert, nicht nur in den technischen Hochwasserschutz, sondern auch in den natürlichen Hochwasserschutz, in den natürlichen Wasserrückhalt und in die Versickerungsfähigkeit der Böden. Wir werden in unserem Gewässerschutzprogramm und in unserem Aktionsprogramm bis 2030 weitere 2 Milliarden Euro vorsehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was bereits getan wurde und noch getan wird, kann sich durchaus sehen lassen. Ihre Forderungen, soweit sie zulässig sind und erfüllt werden könnten, gehen ins Leere, und daher werden wir Ihren Antrag ablehnen. Ihre Forderungen werden bereits erfüllt, soweit es unsere Zuständigkeit betrifft.

Lassen Sie uns einmal die einzelnen Punkte durchgehen: Bereits im Februar 2024 haben wir Sturzflut-Hinweiskarten veröffentlicht. Diese enthalten für ganz Bayern, also flächendeckend, entsprechende Hinweise auf mögliche Gefährdungen durch Starkregen und Sturzfluten. Es handelt sich um wertvolle Hinweise. Sie sollen zur Eigenvorsorge anregen und für die großen Gefahren sensibilisieren. Also können wir hinter diese Forderung einen Haken setzen; das wird bereits erledigt.

Wir stehen in Kontakt mit dem Bundesamt für Kartographie und Geodäsie. Auch dort werden Starkregengefahrenkarten erstellt, aber diese geben nur grobe Hinweise, wo Gefährdungslagen entstehen können. Wir sind mit drei Pilotregionen – Otting, Leidersbach und Ortenburg – beteiligt.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Wir verschneiden das dann mit den Sturzflut-Risikomanagementkonzepten. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir diese Konzepte schon lange fördern. Seit 2017 werden in den Förderrichtlinien der RZWas diese Managementkonzepte gefördert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Allerdings – da gebe ich Ihnen recht – könnten es mehr Kommunen sein, die dies in Anspruch nehmen. Etwas mehr als 240 Kommunen haben diese Konzepte erst erstellen lassen. Hier sind noch mehr Hinweisarbeit und eine stärkere Sensibilisierung für das Thema notwendig.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Alexander Flierl (CSU): Nachher gerne. – Wir haben auch diesen Punkt bereits erfüllt. Wir können einen Haken hinter diese Forderung machen. Ich sage ganz ehrlich, dass wir die Beratungsangebote fortsetzen werden. Wir bieten einen Hochwasser-Check für sämtliche Kommunen an. Wir stellen den Kommunen ein integrales Beratungsangebot zur Verfügung, um mehr zu tun. So können die Kommunen ihre eigene Verantwortlichkeit in diesem Bereich, die sie dort ohne Zweifel haben, wahrnehmen. Ein besonders wichtiger Punkt ist, dass wir unser Beratungsangebot ständig fortentwickeln, dass wir nicht stehen bleiben und uns nicht auf dem bisher Erreichten ausruhen. Wir bauen die breite Palette weiter aus und ermöglichen zusätzliche Angebote.

Deswegen ist immer wieder darauf hinzuweisen, dass der Umgang mit Hochwasser eine Gemeinschaftsaufgabe ist. Die Kommunen nehmen in diesem Bereich eine Schlüsselrolle ein. Wir können nur im Schulterschluss mit den Kommunen vorankom-

men. Wir unterstützen, wo immer es geht. Wir unterstützen beispielsweise die Maßnahmen bei kleinen Gewässern, bei Gewässern dritter Ordnung, wieder über die RZWas mit 75 %. Wir können aber nicht in die kommunale Planungshoheit eingreifen. Wir stellen fest, dass Hochwasser, Überflutungen oder Sturzfluten auch dort auftreten, wo keine großen Gewässer in der Nähe sind, und oft sind die Ereignisse auch losgelöst von Gewässern dritter Ordnung.

Wir bieten mit den Sturzflut-Risikomanagementkonzepten das richtige und passende Werkzeug, mit dessen Hilfe die Kommunen ihre Planung anpassen können, beispielsweise bei ihrer kritischen Infrastruktur, bei den Feuerwehrrhäusern etc. So können auch die Rettungskräfte entsprechend abgesichert werden und auch die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Hab und Gut, ihrer Gesundheit und ihrem Leben geschützt werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden hier nicht nachlassen. Auch das ist eine klare Forderung von uns. Wir stehen hier als Regierungskoalition klar und geschlossen dafür, dass wir die Förderrichtlinien, die Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben, auch über den 31.12.2024 hinaus fortsetzen werden. Wir werden wieder für vier Jahre ein Programm auflegen. Dankenswerterweise ist es auch unserem Finanzminister gut gelungen, die RZWas im kommunalen Finanzausgleich finanziell gut auszustatten, sodass wir auch im Doppelhaushalt 2024/2025 die notwendigen Mittel, die über den kommunalen Finanzausgleich hinausgehen, im Bereich der Hochwasservorsorge weiter zur Verfügung stellen können. Ich möchte klar festhalten, dass die Forderung in diesem Bereich ebenfalls erledigt ist und wir einen Haken dahinter machen können. Deswegen brauchen wir Ihren Antrag nicht.

Soweit die Forderungen an den Freistaat Bayern zulässig sind und erfüllt werden können, nicht in die kommunale Planungshoheit eingreifen – es soll nichts von oben oktroyiert werden, sondern wir wollen anregen, eigene Vorsorge zu betreiben, eigene

Planungen vorzunehmen und Maßnahmen zu ergreifen –, setzen wir das um und stellen die entsprechenden Mittel sowie die Beratungsleistungen und Konzepte zur Verfügung. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. – Zunächst der Kollege Ralf Stadler.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Flierl, ich habe eine Frage: Ist bei Ihrem Sturzflut-Risikomanagement auch die Flurbereinigung, die Anfang der Fünfzigerjahre durchgeführt wurde, berücksichtigt? Was damals gut und recht war, ist jetzt in Zeiten von Flächenfraß und Klimaveränderungen doch infrage zu stellen. Man muss sich einmal überlegen, dass täglich über vier Hektar der landwirtschaftlichen Fläche der Photovoltaik zum Opfer fallen. Unklar ist, ob das Versiegeln der Sickerungsleitungen schon einmal berücksichtigt worden ist. Es ist ja dann nicht mehr notwendig, dass das Wasser so schnell abläuft.

Alexander Flierl (CSU): Herr Stadler, ich glaube, es erschließt sich niemandem hier in diesem Haus außer der AfD, wie Freiflächenphotovoltaikanlagen zur Flächenversiegelung beitragen, dass das abfließende Wasser behindert wird. Ich gebe Ihnen aber auch gerne eine Antwort auf Ihre Frage. Man braucht natürlich Geländemodellierungen, man muss Mulden anlegen, wir müssen auch eine Änderung der Flächenbewirtschaftung und die Schaffung von weiteren Rückhalteräumen in die Konzeption einbeziehen. Das ist doch selbstverständlich. Genau dazu dient das Konzept. Für Gebiete weiter weg von den Fließgewässern wollen wir auch Möglichkeiten aufzeigen, wie man mit Sturzfluten oder Hochwasser umgehen kann. Dazu dient dieses Managementkonzept. Dazu brauchen wir eben den Schulterschluss mit denjenigen, die sich vor Ort auskennen, und das sind halt die Kommunen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege Friedl, bitte schön.

Patrick Friedl (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Flierl, der Umweltminister hat letztes Jahr bei einem Berichtsantrag am 4. Oktober selbst unterzeichnet, dass 540 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr für Wasserschutz, Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft notwendig sind, um die zukünftigen Aufgaben schultern zu können. Davon habe ich im Haushalt bisher wenig feststellen können. Können Sie mich aufklären, wo die zusätzlichen Mittel zu finden sind? Können Sie mir sagen, wie die Wasserwirtschaftsämter die zusätzlichen Aufgaben wie den Hochwasser-Check leisten können sollen, nachdem laut Antwort auf eine Anfrage weiter Personal abgebaut werden soll? Als Kommunalpolitiker kann ich Ihnen sagen, die Kommunen wären froh, wenn Sie ihnen aufkotroyierten und ihnen die Mittel dafür gäben, dass sie die notwendige Sturzflutvorsorge und den Hochwasserschutz vor Ort an den Gewässern dritter Ordnung leisten könnten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege Flierl, bitte.

Alexander Flierl (CSU): Herr Kollege Friedl, das zeigt wieder einmal, dass Sie vielleicht aus einer Großstadt kommen.

(Arif Taşdelen (SPD): Das ist doch keine Schande!)

Gerade in den kleineren Kommunen sind wir uns unserer Verantwortung auch bewusst. Wir wissen ganz genau, dass wir das zusammen mit fachlicher Begleitung der Wasserwirtschaftsämter und Fachbehörden umsetzen müssen, wissen aber gut und genau, was wir vor Ort brauchen. Darauf zielt auch unser Maßnahmenpaket ab.

Es gibt 200 Millionen Euro pro Jahr für den Hochwasserschutz. Ich habe es bereits ausgeführt: Seit 2013 haben wir 2 Milliarden Euro ausgegeben und werden weitere 2 Milliarden Euro bis 2030 ausgeben. Wir müssen das natürlich auch finanziell schultern und in haushaltsrechtlich wie fiskalisch schwierigen Zeiten stemmen. Wir könnten

jetzt darüber diskutieren, wer für diese miserable Haushaltslage – gerade des Bundes – und die miserable wirtschaftliche Entwicklung Verantwortung trägt. Wir haben nicht mehr Geld zur Verfügung. Es ist eine gewaltige finanzielle Kraftanstrengung, die wir schaffen. Es ist klar und deutlich in den Berichten dargestellt worden, dass wir Personal –

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie bitte auf Ihre Zeit!

Alexander Flierl (CSU): – hinzugewonnen haben, kw-Vermerke weggefallen sind und wir Planungsleistungen zusätzlich erhalten haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Kollege Gerd Mannes.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! – Herr Friedl, die GRÜNEN beweisen mit ihrem Antrag, dass sie bei praxisorientierten Lösungen versagen. Das ist nicht ihr Ding. Sie fordern ein Sturzflut-Risikomanagementkonzept für alle hochwassergefährdeten Kommunen. Der Vorschlag ist eigentlich kaum aussprechbar und hat auch wenig Aussagekraft.

Erstens fehlt bei dem Antrag die Eingrenzung, welche Kommunen anhand welcher Parameter gefährdet sind; das haben Sie gar nicht beschrieben. Zweitens liefern Sie keine Erklärung, was die konkreten Maßnahmen zur Minimierung des Risikos sein sollen. Um es also noch einmal ganz klar zu sagen: Hochwasserschutz ist wichtig. Die AfD unterstützt selbstverständlich sinnvolle Maßnahmen zum Schutz vor Hochwasser.

Ich selbst wohne in einer hochwassergefährdeten Region und weiß, wie es ist, wenn man regelmäßig den Keller auspumpen muss. Ich sage das aus eigener Erfahrung: Hochwasserschutz ist am besten mit Grundschutz umsetzbar. Grundschutz muss

praktikabel sein und in Bayern so schnell wie möglich ausgebaut werden. – Herr Flierl, wo sind Sie? Ich sehe Sie gerade nicht. – Die Staatsregierung hat hier einfach die falschen Prioritäten gesetzt. Flutpolder, für die Sie das meiste Geld investiert haben, sind komplexe Projekte, schwer umzusetzen und verschlingen viel Geld. Das war die falsche Priorität.

Für die betroffenen Gemeinden und Anwohner brauchen wir mehr finanzielle Unterstützung; da haben Sie von den Regierungsfractionen sich weggeduckt. Deshalb ist es völlig unverständlich, dass alle Fraktionen

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

unsere Anträge bei diesem Anliegen abgelehnt haben. Herr Flierl, Sie haben das gefordert, im Ausschuss aber unsere Anträge abgelehnt. Das ist also doch ziemlich dreist.

Um es noch einmal zu sagen: Grundschutz, also ein Damm, schützt die Siedlungen am besten vor plötzlich steigenden Gewässern. Da brauchen die Gemeinden mehr Geld, weil sie sich das nicht leisten können. Darauf muss der Fokus gelegt werden. Echtzeit-Frühwarnsysteme helfen natürlich auch, um die Bevölkerung rechtzeitig zu warnen, aber eine absolut sichere Vorhersage aller möglichen Sturzflutereignisse ist unrealistisch. Der Vorredner hat es ausgeführt. Außerdem ist mit der digitalen Sturzfluthinweiskarte schon eine Grundlage geschaffen worden; das wurde auch gesagt.

Das Umweltministerium hat zur Umsetzung ein Förderprogramm eingerichtet, das momentan läuft. Es ist natürlich wichtig, dass das Förderprogramm verlängert wurde; ich habe gerade vernommen, dass das versprochen wird. Das ist die einzig sinnvolle Forderung, die die GRÜNEN in ihrem Antrag gestellt haben, der Rest ist irgendwie sinnlos. – Noch eines, Herr Friedl, Sie sollten als GRÜNE mit dem ewigen Gejammer über die Klimakrise aufhören. Ersparen Sie uns das! Ihre Panikmache bringt wirklich niemanden weiter. Sturzfluten gab es schon immer. Wir brauchen konkrete Maßnahmen

und keine grüne Weltuntergangsrhetorik, die Sie hier im Landtag tagtäglich präsentieren. Das brauchen wir nicht.

(Beifall bei der AfD)

Ihr Antrag enthält keinen Mehrwert zum Hochwasserschutz. Wir lehnen ihn ab.

Zum Schluss noch etwas, das wollte ich auch noch einmal sagen: Hochwasserschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Betroffene, deren einzelne Flächen zum Schutz der Allgemeinheit gezielt überflutet werden, müssen entschädigt werden. Ein Beispiel sind die Anlieger des Riedstroms.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben beim letzten Hochwasser die Hauptlast getragen. Die Entschädigung für Betroffene muss einfach garantiert werden. Die Staatsregierung lamentiert hier immer herum und verspricht etwas; erst nach großem Druck werden die Versprechen tatsächlich eingehalten. Warum aber nicht gleich? Die Last des Hochwassers muss also gerecht aufgeteilt werden. Die Staatsregierung muss da ihre Haltung ändern. – Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Marina Jakob für die FREIEN WÄHLER.

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute befassen wir uns mit dem Antrag der GRÜNEN zur Beschleunigung des Sturzflut-Risikomanagements in Bayern. Die GRÜNEN fordern darin eine detaillierte Starkregengefahrenkarte für alle gefährdeten Kommunen sowie eine flächendeckende Einführung eines Risikomanagementkonzepts bis spätestens 2030. Aber was genau bedeutet denn "gefährdet"? – Dies ist im

Antrag nur wirklich vage formuliert und lässt Raum für Interpretationen. Wie sollen die betroffenen Kommunen identifiziert werden, die als "gefährdet" gelten?

Sicher ist, dass Extremwetterlagen wie heftige Regenfälle und Sturzfluten aufgrund des Klimawandels zunehmen werden. Sturzfluten entstehen, weil in kurzer Zeit große Wassermengen nicht schnell genug abfließen können und dann über unkontrollierte Wege Landschaften und Siedlungen überfluten. Ein Zusammenspiel von mehreren Faktoren wie Oberflächenabfluss und Gelände verstärkt die Risiken dieser Ereignisse erheblich. Dies konnten wir in der letzten Woche in der Region Valencia in Spanien sehen, wo bereits über 200 Menschen tot geborgen wurden und noch immer unzählige Menschen vermisst werden. – Hier gilt den Angehörigen und Hinterbliebenen unser aufrichtiges Beileid.

Die Bedeutung eines gut organisierten Hochwassermanagements ist unbestritten. Die Kommunen spielen dabei die zentrale Rolle. Sie sind nicht nur die Betroffenen, sondern auch die entscheidenden Akteure, wenn es darum geht, Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und effektiven Krisenbewältigung zu ergreifen. Die Landratsämter koordinieren als Sicherheitsbehörden bereits gut strukturiert die verschiedenen Hilfsorganisationen und das lokale Risikomanagement.

Seit 2005 sind unsere Sicherheitsbehörden in das Unwetterwarnsystem des Deutschen Wetterdienstes integriert. Es existiert ein Katastrophenschutzsonderplan, der im Falle extremer Wetterlagen greift und auf alle gemeindlichen Planungen abgestimmt ist. Bayern hat sich also bereits gut aufgestellt; die Gemeinden können auf den bestehenden Strukturen aufbauen. Dies haben sie zuletzt auch beim großen Hochwasser am ersten Juniwochenende wieder bewiesen. Das Umweltministerium hat zudem eine Hinweiskarte für Oberflächenabfluss und Sturzfluten erstellt; diese ist seit Februar dieses Jahres einsehbar.

Diese Karte – entwickelt durch eine umfassende und auch langjährige Forschung – bietet den Kommunen jetzt schon wertvolle Informationen darüber, wo potenziell mit

unkontrolliertem Wasserabfluss zu rechnen ist. Es handelt sich um eine erste Grob-analyse, die die Gemeinden als Grundlage für ihre Planungen und ihre Schutzmaß-nahmen nutzen können. Doch eines ist klar: Eine detaillierte Karte jeden Ortes, die alles abdeckt, ist nicht realistisch, weder in finanzieller noch in praktischer Hinsicht.

Naturereignisse wie Sturzfluten sind komplex, und viele Faktoren wie Bodenbeschaf-fenheit oder landwirtschaftliche Nutzung verändern sich kontinuierlich. Eine Karte, die jede Besonderheit abbildet, würde Illusionen über die Sicherheit wecken und wäre den Menschen gegenüber letztlich einfach nicht ehrlich.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Bayern unterstützt seine Kommunen bereits jetzt durch ein Förderprogramm zur Er-stellung von Sturzflut-Risikomanagementkonzepten; es existiert seit 2017 und bietet mit einer Förderung von bis zu 75 % eine sehr konkrete Hilfe für jede Gemeinde. Dies werden wir auch über die RZWas nach 2024 fortführen. Rund 240 Kommunen oder Gemeinden haben dieses Angebot bereits genutzt. Das zeigt, dass das Interesse sehr groß ist, auch angesichts der regionalen Herausforderungen. Dieser Ansatz, die Be-troffenen in den Mittelpunkt zu stellen und eine dezentrale Verantwortung zu fördern, ist zielführend.

Eine weitere wichtige Frage ist: Kann eine detaillierte Starkregengefahrenkarte, wie sie die GRÜNEN in ihrem Antrag fordern, wirklich bis 2025 flächendeckend erstellt werden? – Die Antwort ist ganz klar: Nein. Eine solche Erwartung verkennt die lokalen Gegebenheiten und auch die Bedingungen. Die geografischen und auch geologischen Unterschiede in Bayern, kombiniert mit wechselnden Boden- und Vegetationsbedin-gungen, beeinflussen das Risiko von Sturzfluten in hohem Maße. Es gibt schlichtweg zu viele unvorhersehbare Variablen, um eine solche Karte in dieser Präzision sinnvoll zu erstellen.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Bayern steht bereits an der Seite seiner Kommu-nen, unterstützt sie im Kampf gegen die Folgen des Klimawandels mit Zunahme von

extremen Wetterereignissen. Doch das Land kann den Kommunen nicht ihre Planungsverantwortung abnehmen und ihnen keine vorgefertigten Lösungen aufzwingen. Der Antrag der GRÜNEN ist zwar gut gemeint, aber in vielen Punkten einfach unrealistisch, und daher lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Frau Kollegin. Wir haben eine Zwischenbemerkung des Kollegen Patrick Friedl.

Patrick Friedl (GRÜNE): Liebe Frau Kollegin Jakob, ich habe zwei Fragen. Die eine ist: Wie sollen Kommunen denn feststellen, dass sie gefährdete Kommunen sind? Um Sturzfluten zu beherrschen, muss die mögliche Betroffenheit schon vorab festgestellt werden. Denn wenn die Betroffenheit mal da ist, haben wir verheerende Auswirkungen. Das heißt, Kommunen müssen eine Vorwegabschätzung haben. Wie stellen Sie sich die dann vor, wenn man keine detaillierteren Gefahrenkarten hat? Es geht nur um etwas detailliertere Gefahrenkarten.

Die zweite Frage geht dahin: Herr Flierl hat eben gesagt, er findet es gut und wichtig, dass möglichst alle Kommunen, die sich als gefährdet einschätzen, ein Sturzflut-Risikomanagement machen. Sie haben gerade gesagt, dass das gar nicht geht, dass das gar nicht realisierbar ist. Das hieße ja, dass Sie gar nicht wollen, dass alle gefährdeten Kommunen künftig die RZWas in Anspruch nehmen und ein Sturzflut-Risikomanagement machen. Habe ich Sie da jetzt richtig oder falsch verstanden?

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Zur zweiten Frage: Da haben Sie mich falsch verstanden. Es geht nicht, dass wir es allen überstülpen. Die Kommunen müssen selber die Initiative ergreifen und sagen, dass sie dieses Sturzflut-Risikomanagement für ihre Kommune in Anspruch nehmen wollen, und sich dann über die RZWas entsprechend fördern lassen.

Zur ersten Frage: Wenn man sich die Karte anschaut, die seit Frühjahr 2024 zur Verfügung steht – ich habe mir meine Heimatregion angeschaut –, ist dort ganz klar eingezeichnet, wo die Gefahren bestehen. Jede Kommune kann da mal nachschauen: Habe ich denn eine Gegend, eine Straße, einen Ortsteil, der gefährdet ist? Anhand dieser ersten Karte kann man sich dann entscheiden, ein Sturzflut-Risikomanagementkonzept detailliert ausarbeiten zu lassen. Die erste Karte bietet wirklich einen groben Überblick, wo die Gefahr besteht. Ich kann das selber sagen: Ich wohne an einer Straße, auf der schon dreimal, seit ich dort wohne, das Wasser den Berg heruntergekommen ist. Ich weiß, wovon ich spreche. Auch diese Straße war eingezeichnet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Harry Scheuenstuhl.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Hochwasserschutz, Schutz vor Starkregen und Sturzfluten – das sind alles Synonyme für die Solidarität, die wir untereinander haben. Wenn wir heute ins europäische Ausland blicken, nach Spanien, dann werden wir auch dort helfen, soweit unsere Hilfe erforderlich ist. So werden wir es auch im Freistaat Bayern machen. Deswegen wird keiner ein Schnitzel weniger essen können oder einen Cappuccino weniger trinken, sondern wir werden das gemeinsam machen, und wir werden hier auch in der europäischen Familie und auch in der Welt gemeinsam helfen.

(Beifall bei der SPD)

Seit 2016 – das steht bei mir – fördert der Freistaat kommunale Sturzflut-Risikomanagementpläne. – Ich glaube, das ist seit 2016 so, vielleicht auch seit 2017. Darüber wollen wir uns nicht streiten. – Er fördert mit bis zu 75 %, das ist ein schöner Fördersatz. Aber worauf die Kommunen im Moment warten, das ist die Weiterführung der RZWas. Sie brauchen Planungssicherheit. Sie müssen wissen, wie viel Geld es gibt und wer Geld bekommt. Es bekommt ja nicht jeder sofort Geld. Manche müssen etwas

warten. Das ist ungut. Ich will daran keine Kritik üben, aber Planungssicherheit ist das nicht.

Deswegen bitte ich die, die an den entscheidenden Stellen sitzen: Gebt hier Gas, damit die Kommunen wirklich wissen, was sie vor Ort planen können. Da gebe ich meinen Vorrednern und meiner Vorrednerin recht: Die Kommunen müssen entscheiden, wo sie handeln wollen. Wir wollen nicht von staatlicher Seite kommen und sagen: So müsst ihr es machen. Sondern wir setzen da auf den kommunalen Verstand. Und zu dem, was ich vorhin gehört habe: Wenn mancher, der im Gemeinderat und hier im Landtag sitzt, nicht weiß, was eine Einbeziehungssatzung ist, dann kann ich auch nicht helfen. – Das musste zwischendrin sein.

Der Fördersatz beträgt bis zu 75 %. Bis 100 % wäre schön. Was machen wir mit den Kommunen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die ihren Eigenanteil nicht aufbringen können? – Ich kann denen doch nicht sagen – so wie die Kollegin von den FREI-EN WÄHLERN –, dass sie halt Pech haben: Ihre Gemeinde hat halt kein Geld gehabt, die 25 % waren nicht da. – Ich sage: Das sollte eigentlich nicht sein. Das heißt, wir müssten eigentlich daran arbeiten, dass jeder die Möglichkeit hat, unabhängig von der Finanzkraft, dass die Gemeinden hier gemeinsam etwas tun können.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Natürlich kann man sagen: Das hättet ihr doch schon selber machen können. Ihr hättet doch schon vor Jahren hier eine Entscheidung treffen und Geld zurücklegen können. – Das stimmt. Das müsste man den Kommunen dann vorwerfen. Das hilft aber in der aktuellen Situation nicht, wenn wir sagen, wir wollen denen helfen.

(Martin Wagle (CSU): Sie können ja schon mal anfangen!)

Der Behördenselbstschutz, der in Ihrem Antrag auch steht, ist eigentlich selbstverständlich, denke ich. Ja Mensch, wir müssen doch vor allem unsere Helfer schützen, das heißt Feuerwehr, Rotes Kreuz, die Wachen, das Krankenhaus. Ich hatte gedacht,

dass das schon gemacht wäre und man so etwas nicht mehr in einen Antrag schreiben muss. Aber anscheinend ist es noch nicht gemacht.

Also bitte auch hier rangehen. Deswegen werden wir den Antrag auch unterstützen. Wir können immer wieder sagen: Es gibt doch keinen Klimawandel. – Aber den Menschen, bei denen das Wasser im Keller steht und die nicht mehr weiterwissen, wie wir jetzt auch in Spanien sehen, kann man nicht die Karte zeigen und sagen: Da habt ihr Pech gehabt. Sondern die fordern eines, und das bekommen Sie von uns: Solidarität.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben eine Zwischenbemerkung des Kollegen Gerd Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Herr Scheuenstuhl, Sie und alle Ihre Kollegen haben jetzt genau das gesagt, was ich auch gesagt habe;

(Widerspruch bei der SPD)

und zwar, dass die Gemeinden oft nicht genügend Geld haben, um den Grundschutz zu bezahlen, um ihn zu finanzieren.

(Martin Wagle (CSU): So ein Quatsch!)

Jetzt frage ich Sie schon mal: Wir haben als AfD-Fraktion – ich glaube, das war vor 14 Tagen oder vor drei Wochen – genau diesen Antrag eingebracht, dass der bayerische Staat diese Zuschüsse erhöht. Das haben alle Fraktionen abgelehnt.

Erklären Sie mir, warum Sie hier am Pult stehen, genau das von den Regierungsparteien fordern, aber in den Ausschüssen diesen Antrag selber abgelehnt haben. Das verstehe ich nicht.

(Beifall bei der AfD)

Harry Scheuenstuhl (SPD): Ich muss halt sagen: In Ihren Anträgen steht so viel Unsinn drin.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Widerspruch des Abgeordneten Gerd Mannes (AfD))

Das tut mir schrecklich leid, aber dann müsst ihr halt mal saubere Anträge machen.

(Zurufe von der AfD)

Ich habe es halt am Schluss mal versucht, das nicht ganz so vehement zu machen. Wenn ihr nicht in der Lage seid, ordentliche Anträge zu schreiben und die Kommunen mitzunehmen und Solidarität zu fördern, dann bleibt nur eines übrig: Unsinnige Anträge ablehnen. Und das haben wir heute zur Genüge getan. Es tut mir leid, aber ich bin nicht für Ihre Anträge zuständig. Das sind Sie selber. Kümmern Sie sich darum, machen Sie was Gescheites.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Fertig? Kommt noch einer?

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Weitere Tagesordnungspunkte liegen mir nicht vor. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen wunderschönen Abend.

(Schluss: 18:19 Uhr)